

INTERNATIONALE GEWERKSCHAFTSRUNDSCHAU

Der Kurs der englischen Gewerkschaften

Im September fand in Douglas der Jahreskongreß des englischen Gewerkschaftsbundes (TUC) statt. Eines der wichtigsten Probleme, die dort behandelt wurden, war die Frage der Vergrößerung des gemeinwirtschaftlichen Sektors der Volkswirtschaft. Die beträchtlichen Mehrheiten, mit denen die Auffassungen des Generalrates — des Gesamtvorstandes des TUC — immer bestätigt wurden, sichern nicht nur den wirtschaftlichen Kurs der Gewerkschaften, sondern im großen und ganzen auch das gute Einvernehmen mit der Labour-Party, nicht nur weil die in Douglas angenommene Denkschrift des Generalrats „Interim Report on Public Ownership“ die Ansicht des Parteivorstandes, die im vorläufigen Aktionsprogramm der Labour Party niedergelegt ist, im wesentlichen teilt, sondern weil auch auf dem Parteitag in Margate die Stimmen der Gewerkschaftsmehrheit die Parteiführung unterstützten.

Die Opposition war aber stark genug, um dafür zu sorgen, daß die Fragen der Nationalisierung, der Stellung der Gewerkschaften zur konservativen Regierung u. a. ständig weiter diskutiert werden. Die Sieger von Douglas und Margate sind die letzten, die das bestreiten werden. Beide Programmschriften betonen ja auch das Vorläufige ihrer Vorschläge. Das Hauptanliegen der Opposition — das unterschied sie am meisten von der beinahe sozialisierungsfeindlichen, in dieser Hinsicht zumindest aber sehr skeptischen Mehrheit — war die sofortige Vorlage eines genau präzisierten Programms für weitere Nationalisierungen.

Der Generalsekretär der Postarbeitergewerkschaft, *Charles Geddes*, der im Namen des Generalrates den Interimsbericht über Fragen des öffentlichen Eigentums zur Annahme empfahl, faßte dessen Inhalt in einem Satz zusammen: „Unser Bericht sagt deutlich, daß wir, mittels weiterer Ausdehnung des gemeinwirtschaftlichen Sektors, auf dem Wege zum Sozialismus voran marschieren; aber wir haben, von Zeit zu Zeit Zweifel, ob wir auch immer die richtigen Methoden anwenden.“ Er sagte an anderer Stelle: „Höhere Löhne, gekürzte Arbeitszeit, bessere Arbeitsbedingungen sind nicht einfach von doktrinären Beschlüssen zu erwarten. Niemand kann so autokratisch sein wie ein Bürokrat, und man muß sich hüten, daß man nicht auf der Suche nach Verstaatlichung eine neue Autokratie schafft.“ Es

wäre eine Torheit, wenn man die Erfahrungen der letzten acht Jahre übersehen würde. Man müsse erst die Gewißheit haben, daß weitere Verstaatlichungen wirklich der Nation dienen würden.

Die jetzt von der konservativen Regierung vorgenommenen Reprivatisierungen der eisen- und stahlerzeugenden Industrie sowie des Landstraßengüterverkehrs sollen aber wieder rückgängig gemacht werden. Außerdem wurde die Verstaatlichung der Wasserwerke gefordert, die bisher größtenteils kommunalwirtschaftlich betrieben wurden. Der Verstaatlichung anderer Industriezweige, die von der Labour Party gefordert wird, stehen die Gewerkschaften sehr mißtrauisch gegenüber. Das gilt vor allem für Teile der Maschinenbauindustrie, insbesondere die Werkzeugmaschinenindustrie, Spezialfabriken für Bergbaumaschinen, Waggonfabriken und Zweige der Agrarwirtschaft. Bevor hier irgendwelche Schritte eingeleitet werden, sollen gründliche Untersuchungen über die Zweckmäßigkeit einer Sozialisierung vorgenommen werden. So wird geprüft, bei welchen Industrien eventuell eine Kontrolle¹⁾ durch öffentliche Organe angebracht und bei welchen die Nationalisierung besser ist. Es wird auch erwogen, entweder nur Teile einer Industrie in Gemeinbesitz überzuführen, die öffentliche Hand an Privatunternehmen zu beteiligen oder im gleichen Industriezweig neben den weiter bestehenden Privatunternehmen auch öffentliche zu betreiben.

Der Bericht des TUC geht von den seitherigen Vorteilen der Nationalisierungen aus: die betreffenden Industrien seien leistungsfähiger geworden, sie hätten die Steigerung von Produktion und Produktivität gefördert, sowohl arbeitsorganisatorisch wie in bezug auf die Investitionspolitik hätten sich große Vorteile ergeben; das gleiche gelte auch für die Arbeiterschaft — wenn man diese Erfolge nicht am Idealzustand messe, sondern an den Verhältnissen, die vorher in der Industrie herrschten. Da manche Maßnahme auch enttäuschte, wurde in Erwägung gezogen, an den „Korporationen“, den Körperschaften, in denen die nationalisierten Industrien zusammengefaßt sind, gewisse Änderungen vorzunehmen. Man erstrebt ein optimales Verhältnis zwischen zentraler Leitung und der Selbständigkeit der Betriebseinheiten und sucht nach dem richtigen Weg zwischen der Aufsicht durch Ministerien und Parlament und der Selbständigkeit der die Korporationen leitenden „Boards“.

Besonderes Augenmerk wird auf die Industrien gerichtet, die Monopolcharakter haben, wie z. B. die chemische Industrie, deren Arbeiterschaft etwa zur Hälfte in drei großen

Konzernen tätig ist, darunter dem größten, der ICI, die etwa der früheren IG-Farben entspricht. In Zusammenarbeit mit den zuständigen Gewerkschaften sollen die Lage und die Struktur der betreffenden Industrie geprüft werden, um festzustellen, welche Formen des öffentlichen Eigentums oder der „Kontrolle“ am zweckmäßigsten sind. Das gilt auch für Versicherungsgesellschaften und Investment-Trusts. Die Versicherungsgesellschaften haben Guthaben im Wert von 3 1/2 Milliarden Pfund — also rund 36 Milliarden DM —, von denen etwa der dritte Teil in Industrieaktien angelegt ist. Die Bedeutung derartiger Summen für die Investitionspolitik einer geplanten Wirtschaft kann natürlich nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der TUC kommt immer dar-mente zugunsten der Überführung von Privatbetrieben in öffentliches Eigentum die Tatsache ist, daß zwar durch die finanzpolitische Lenkung des Schatzamtes allenfalls verhindert werden kann, daß dort investiert wird, wo es unerwünscht ist, daß aber kein Unternehmer gezwungen werden kann, dort zu investieren, auf zurück, daß eines der wichtigsten Argumente es im übergeordneten Interesse notwendig ist.

In der Frage der Stellung des Arbeiters im nationalisierten Betrieb weist der Bericht der TUC auf die Unzufriedenheit vieler Arbeiter hin, denen der Einfluß der Belegschaften auf die Betriebspolitik zu gering ist. Während des letzten Krieges war im Programm des TUC über den Neuaufbau der Wirtschaft im Frieden die Beteiligung der Arbeiter an der Kontrolle der Betriebe gefordert worden. Aber mit wenigen Ausnahmen, meistens der kleineren Gewerkschaften, verhält sich der TUC dazu heute ablehnend. Im Bericht wird von „Resten syndikalistischer Ideen“ gesprochen. In Douglas hatte einer der großen Verbände, die Eisenbahnergewerkschaft, die paritätische Besetzung der „Boards“ gefordert (die Hälfte der Sitze für die Belegschaften). In diesem Antrag wurde ergänzend bemerkt, daß für leitende Posten Sachkenntnis und Übung nötig seien, wofür die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit den Betriebsleitungen sorgen müßten. Auch dieser Vorschlag wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Der TUC legt selbstverständlich Wert darauf, daß Angehörigen der Belegschaften der Aufstieg in leitende Positionen offensteht und ist selbst an Ausbildungskursen beteiligt. Aber die Inhaber solcher Posten sollen in keinem Fall als Beauftragte der Gewerkschaften gelten. Für den Generalrat sprach *Ernest Jones* vom Bergarbeiterverband, also der Vertreter eines nationalisierten Industriezweiges. Er kam mit dem bekannten Einwand: Die Gewerkschaften sollen der Leitung eines Betriebes nicht die Verantwortung abnehmen und vor allem auch in keiner Weise an der Vertretung der Interessen

1) Das Wort „control“ besagt im Englischen mehr als das deutsche Wort Kontrolle, es bezeichnet auch bestimmende und leitende Funktionen.

der Belegschaft gehindert werden, gleichgültig ob der Arbeitgeber ein Privatunternehmer oder der Staat ist.

Der TUC wünscht den weiteren Ausbau der beratenden Körperschaften, die im Rahmen der „Joint consultation“ Belegschaft und Leitung an einen Tisch bringen. Der Generalrat will mit den einzelnen Gewerkschaften beraten, wie diese Einrichtung vor allem in den Betrieben noch besser gestaltet werden kann.

Die Stellung der Gewerkschaften zur konservativen Regierung und damit zur Frage der politischen Neutralität kam durch den Fall *Sir Lincoln Evans* erneut zur Sprache — und auch zu einer Lösung, die wiederum die Mehrheit hinter den Generalrat brachte. Evans — bisher Generalsekretär der Eisen- und Stahlarbeitergewerkschaft — und drei andere Mitglieder des Generalrates, aus dem sie jetzt ausscheiden, haben leitende Posten im „Iron and Steel Board“ angenommen (in dem von der Regierung bestellten Gremium, durch das die reprivatisierte eisen- und stahlerzeugende Industrie kontrolliert wird). Der Verband der Kesselschmiede und Schiffsbauarbeiter hatte dagegen in einer Resolution protestiert, die aber im Stimmenverhältnis 5:3 abgelehnt wurde, nachdem *Evans* und *Sir Vincent Tewson*, der Generalsekretär des TUC, die Gelegenheit benutzt hatten, noch einmal den grundsätzlichen Standpunkt des TUC herauszuarbeiten.

Die Frage des Verhaltens der Gewerkschaften zur jeweiligen Regierung und damit der parteipolitischen Neutralität ist auch in England nicht einfach zu beantworten, um so mehr als die Gewerkschaften in Personalunion mit der Labour Party stehen, die sie selbst vor einem halben Jahrhundert als ihren „politischen Arm“ gegründet hatten. Die Ablösung der Labour-Regierung durch die konservative Partei hat sich in bezug auf die Haltung der Gewerkschaften reibungslos vollzogen. Dazu gehörte Takt und Geschicklichkeit auf beiden Seiten. Der TUC kennt sehr genau den Unterschied zwischen der politischen Konzeption, für die er sich einsetzt und für die er auch einen großen Teil der Kandidaten der Labour Party im Wahlkampf finanziell unterstützt, und seiner eigentlichen Aufgabe, die Interessen der Arbeitnehmerschaft zu vertreten, wemgegenüber auch immer, ob nun der Staat oder ein Unternehmer der Arbeitgeber ist, und wer auch immer das Staatsruder führt.

Auf der politischen Ebene steht der TUC zur Labour Party. Die Reprivatisierung wie der Abbau der sozialen Leistungen durch die konservative Regierung werden von ihm bekämpft. Aber er respektiert selbstverständlich den Willen der parlamentarischen Mehrheit. Die englischen Gewerkschaften lehnen den politischen Streik ab, und wenn ein Wahlausgang nicht ihren Erwartungen entspricht, versuchen sie, bei der nächsten Wahl eine Änderung her-

beizuführen. Aber so lange werden die Gesetze und Vorschriften, die die Regierung vom Parlament bewilligt bekommen hat, respektiert. Und da nun einmal verschiedene Industrien reprivatisiert und die neuen „Boards“ von der Regierung als Kontrollorgane eingesetzt werden, sind darin auch die Gewerkschaften vertreten, denn die Interessen der Arbeiterschaft müssen auch dort gewahrt werden.

Ein Zwischenfall auf dem Kongreß der Labour Party, der in der letzten Septemberwoche in Margate stattfand (wir berichten über ihn in der nächsten Nummer), gab Anlaß zu einer neuen kräftigen Bestätigung der einzigartigen Symbiose zwischen den Gewerkschaften und der Labour Party. Das Interview, das der eigenwillige Generalsekretär der Gewerkschaft der Theater- und Kinoangestellten, *Tom O'Brien*, dem Manchester Guardian gab, in dem er eine größere Distanzierung der Gewerkschaften von der Partei empfahl, riefen *Arthur Deakin*, den Generalsekretär der Transportarbeiter-Gewerkschaft, und *Jack Tanner*, den Führer der Maschinenbauarbeiter und diesjährigen Präsidenten des Gewerkschaftsrates, auf den Plan. Sie protestierten gegen O'Briens Spekulationen und erklärten unter dem großen Beifall des Parteitages noch einmal, daß Partei und Gewerkschaften nicht zu trennen seien.

BERNHARD REICHENBACH

Rücktritt des USA-Arbeitsministers

Man hat boshafterweise das Kabinett *Eisenhower* — natürlich überspitzt, aber im Kern nicht ohne gewisse Berechtigung — als eine Regierung der Millionäre plus einem Klempner bezeichnet. Der Klempner, *Martin P. Durkin*, der Arbeitsminister, hat am 10. September unter Protest sein Amt niedergelegt. Damit bleiben die von Präsident Eisenhower berufenen direkten und indirekten Repräsentanten des „Big Business“ unter sich. Der Versuch, mit der Bestallung Durkins von der AFL (American Federation of Labor) die Gewerkschaften wenigstens symbolisch an der republikanischen Administration zu beteiligen, ist gescheitert. Das Ausscheiden Durkins aus dem Kabinett hat im Grunde niemanden überrascht. Seit Monaten haben unterrichtete Beobachter in Washington erklärt, daß der Präsident der „Plumbers and Pipefitters Union“ sich im Kabinett in rettungsloser Isolierung im Kreis der Parteigenossen Eisenhowers befand (Durkin war Demokrat und Parteigänger *Stevensons* bei der letzten Wahl!). Man ignorierte ihn ständig bei Entscheidungen, die eigentlich sein Ministerium angingen, machte ihm alle erdenklichen Schwierigkeiten bei der Auswahl seiner Unterstaatssekretäre, ließ ihn schließ-

lich wissen, daß man nicht die Absicht hätte, in der Frage einer etwaigen Änderung des bei den Gewerkschaften verhaßten Taft-Hartley-Gesetzes auf seine Empfehlungen zu hören. Durkin, der eine Zeitlang hoffte, auf der am 21. September tagenden Konferenz der AFL der Arbeiterschaft als Arbeitsminister einige Zugeständnisse der Eisenhower-Gruppe zu Einzelparagraphen des Gesetzes überbringen zu können, zog nur die logischen Konsequenzen, als sich herausstellte, daß davon keine Rede sein konnte: Das „Weiße Haus“ machte keine Miene, die Militanz des arbeitergegnertischen Flügels in der republikanischen Partei abzu-bremsen.

Unfähig, die Hoffnungen der „Unions“ zu erfüllen und dadurch umgekehrt auch außerstande, diese irgendwie an die neue Verwaltung näher heranzuführen, blieb ihm nur der Austritt aus dem Kabinett übrig. Damit endete ein — scheinbarer — Waffenstillstand zwischen der republikanischen Partei und den Gewerkschaften.

Vom Standpunkt der Arbeiterbewegung aus ist diese Entwicklung gar nicht unerfreulich. Man hatte in der AFL, mehr oder minder überzeugt davon, daß es den Versuch lohnen würde, an Stelle einer „grundsätzlichen“ Opposition erst einmal durch Mitarbeitsbereitschaft guten Willen zu zeigen, es darauf ankommen lassen, die Probe aufs Exempel zu machen: Würde „Ike“, starken Widerständen innerhalb seiner Partei trotzend, zu seinen Versprechungen im Wahlkampf stehen, „gemäßigten“ Forderungen der Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen? — Die Beweislast lag bei der Administration.

Es hat sich herausgestellt, daß Eisenhower, wie in Fragen anderer Art gegenüber der Mac-Carthy-Gruppe, auch bei Arbeiterfragen durch Schweigen und Ausweichen den Reaktionen das Feld überließ, und Durkin, der immerhin von ihm persönlich gegen den ausdrücklichen Einspruch des verstorbenen Senators *Taft* berufen worden war, völlig im Stich ließ. — Der Beweis wurde negativ erbracht: In der republikanischen Administration ist kein Platz für einen Vertreter der Gewerkschaften.

Die AFL mag in einigen Zirkeln über diese Erfahrung enttäuscht sein. In ihren Reihen hat man zweifellos teilweise mit einer verbreiteten Einflußnahme der „Federation“ gerechnet, die sich, falls das Experiment gut ausgelaufen wäre und ihr — inoffizieller — Vertreter Zugeständnisse seitens der republikanischen Verwaltung erreicht hätte (wie sie naturgemäß von außen, d. h. etwa vom CIO nicht zu erlangen waren), auf ihre Stellung innerhalb der Gesamtgewerkschaftsbewegung ausgewirkt hätte.

Der CIO (Congress of Industrial Organizations) dürfte demgegenüber von diesem Ausgang der Kollaboration in gewisser Hinsicht befriedigt sein. Hatte man dort zuerst nicht ganz zu Unrecht den Eindruck, daß einige AFL-Teilverbände infolge des indirekten Mitvertretenseins in der Regierung merklich kühler gegenüber den Vereinigungsbestrebungen mit dem CIO geworden waren, nimmt man heute an, daß die dem Mißlingen folgende Ernüchterung sie ihnen wohl oder übel wieder geneigter machen würde, was nicht unwillkommen ist.

Doch das ist ein Nebenprodukt. — Im wesentlichen zeigt die Demission Durkins, daß die Gewerkschaften in absehbarer Zeit nicht mit der Revision des Taft-Hartley-Gesetzes in ihrem Sinne rechnen können. Paradoxiertweise noch weniger als zu Lebzeiten Tafts, der in letzter Zeit Anzeichen einer gewissen Bereitschaft gezeigt hatte, möglicherweise die von Eisenhower im Wahlkampf gegebene Zusage zu ergänzen, der eigentlich nur in der Frage des „unions busting“ (d. h. der Ausschließung streikender Arbeitnehmer von einer vom „National Labor Relations Board“ in diesem Fall vorgesehenen Neuwahl der Arbeitervertretung) Abänderungen versprochen hatte und das den Gewerkschaftsführern abverlangte unterschriftliche Zeugnis, kein Mitglied der KP zu sein, mit einer gleichen von den Unternehmern geforderten Erklärung hatte ausgleichen wollen. Durkin hatte darüber hinaus während seiner Amtszeit den Eindruck gewonnen, daß ein von ihm vorgeschlagenes „19-Punkte-Abkommen“, das weitere Änderungen enthielt, vom „Weißen Haus“ akzeptiert worden wäre und beschuldigte jetzt dessen Beauftragten eines schweren Vertrauensbruches, als sich das als Illusion herausstellte.

Viel bedeutet hätten auch die Kompromißformulierungen nicht. Der psychologische Hintergrund der der Gewerkschaftsbewegung unter dem „New Deal“ gemachten Zugeständnisse hatte sich wesentlich geändert, seitdem in der „Wagner Act“ von 1945 grundsätzlich das Recht auf freie Organisationsbildung nicht nur bestätigt worden war, sondern eine solche ermutigt und offiziell angestrebt wurde. Zwölf Jahre später war mit dem Taft-Hartley-Gesetz im Gegensatz dazu — vor allem mit dem Verbot des „closed shop“ — das Recht, sich nicht organisieren zu müssen, sondern sich davon fernhalten zu dürfen, jedem Arbeitnehmer garantiert worden, was den Aktionsradius vieler „Unions“ weitgehend einschränkte. Hier lagen und liegen tiefgehende Interessengegensätze, die kaum durch den guten Willen allein zu entscheiden waren. Durkins Rücktritt machte die Situation nur deutlich. Verändert hat er die Fronten nicht.

KARL O. PAETEL